

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 38
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: DB 86 846 pppn d



Inhalt

Horst Ehmke MdB, Stellvertreter der Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßt Ägyptens Präsident Mubarak: In unserem Land herzlich willkommen.

Seite 1

Christoph Zöpel MdL, NRW-Minister für Stadtentwicklung, erläutert, weshalb es keine Spekulationen mit Bergarbeiterwohnungen geben wird: Verdrängung verhindert.

Seite 2

Hajo Hoffmann MdB fordert, den Zusammenhang zwischen Mehrwertsteueranhebung und Sozialhilfe zu beachten: Die Ärmsten berücksichtigen.

Seite 4

Eberhard de Haan kommentiert die Ausländer-Debatte des Bundestages: Es gibt keine Alternative.

Seite 5

Dagmar Luuk MdB hält Nachlese zum Besuch des griechischen Ministerpräsidenten in Bonn: Festigung der Beziehung.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 25

5. Februar 1982

In unserem Land herzlich willkommen

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak besucht die Bundesrepublik

Von Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Der Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Ausdruck der guten Beziehungen zwischen Bonn und Kairo. Das deutsch-ägyptische Verhältnis spielt eine Schlüsselrolle in unseren Beziehungen zu den arabischen Staaten; es ist als normal und freundschaftlich zu bezeichnen. Dies ist umso bedeutender, als es sieben Jahre lang, von 1965 bis 1972, keine diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gegeben hatte.

Die Normalisierung dieser Beziehungen hat für beide Staaten Vorteile gebracht. Die Bundesrepublik konnte ihre Exporte nach Ägypten erheblich steigern - allein in der zweiten Hälfte der 70er Jahre haben sie sich fast vervierfacht, Ägypten erhielt beträchtliche Leistungen der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Seit Jahren ist Ägypten nach Indien wichtigster Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Die deutsche Industrie investiert mit beträchtlichen Steigerungsraten in Ägypten; zwischen 1975 und 1980 hat sich der Wert deutscher Investitionen in dem Land um mehr als das Fünffache erhöht.

Wesentlich zu dieser positiven Entwicklung hat die realistische Nahost-Politik von Anwar el Sadat beigetragen, dessen Erbschaft Hosni Mubarak in einem tragischen Augenblick zu übernehmen hatte. Mit seinem mutigen Gang nach Jerusalem hatte Sadat dem Frieden im Nahen Osten eine Chance gegeben - wie hoch das Risiko war, zeigt sein gewaltsamer Tod. Hosni Mubarak ist entschlossen, diese Politik fortzusetzen. An ihm wird es liegen, ob der auf der Grundlage der Vereinbarungen von Camp David begonnene Versöhnungsprozeß weiter entwickelt werden kann und ob gleichzeitig sein Land in der arabischen Staatengemeinschaft das Gewicht erlangt, das ihm angemessen ist.

Wir werden ihn dabei unterstützen. Wir wünschen ihm den Erfolg, der notwendig ist, um den gefährlichen Krisenherd endlich zu befrieden. Wir wünschen, daß unsere guten Beziehungen zu Ägypten auch in anderen arabischen Staaten ihren Widerhall finden. Wir heißen Präsident Mubarak in unserem Land herzlich willkommen.

Dr. Horst Ehmke
Stellvertretender
Vorsitzender
Sozialdemokratischer
Bundestagsfraktion



+ + +

Verdrängung verhindert

Keine Spekulationen mit Bergarbeiterwohnungen im Ruhrgebiet

Von Christoph Zöpel MdL

Minister für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen

Seit einiger Zeit gibt es im Ruhrgebiet Befürchtungen und Diskussionen über Spekulationen mit Wohnraum für Bergarbeiter, weil Ende 1988 die Bewirtschaftungsrechte der Ruhrkohle AG an 31.500 Bergmannswohnungen auslaufen, die im Besitz der Muttergesellschaften der Ruhrkohle verblieben sind. Nach heutiger Schätzung ist davon auszugehen, daß für 25.000 dieser Wohnungen Veräußerungsabsichten der Muttergesellschaften bestehen. Es besteht deshalb die Gefahr, daß nach Auslaufen der Bewirtschaftung diese in der Regel gut erhaltenen, preisgünstigen und auch weiterhin für Bergarbeiter benötigten Wohnungen unkontrolliert weiterveräußert, abgerissen oder in Wohneigentum für neue Interessenten umgewandelt werden. Dabei ist spekulativer Mißbrauch nicht auszuschließen. Hart getroffen wären vor allem die jetzigen Bewohner dieser Wohnungen. Sie müßten mit Verdrängungsversuchen und erheblichen Mietpreiserhöhungen rechnen.

Aber auch das belegschaftspolitische Interesse der Ruhrkohle AG an einer angemessenen Wohnraumversorgung ihrer Arbeitnehmer wäre gefährdet. Das Land Nordrhein-Westfalen schließlich sähe den Erfolg seiner Bemühungen in Frage gestellt, gerade in den Ballungsgebieten den Wohnungsbestand vor Abriß und Spekulationen zu schützen und durch Wohnumweltverbesserung und Modernisierung funktionierende soziale Strukturen zu erhalten, um auch für einkommensschwächere Bevölkerungskreise gute Wohnbedingungen zu sichern.

Den Bestand der Bergmannswohnungen zu sichern, für die Bewohner ein dauerhaftes Wohnrecht zu gewährleisten und Spekulationen in den Bergarbeitersiedlungen zu vermeiden, ist deshalb eine Aufgabe, die als Folgebelastung aus der - in diesem Punkte unzureichenden - Grundvertrag zur Neuordnung des Ruhrbergbaus aus dem Jahre 1969 auf alle Beteiligten zukommt. Insofern verstehen sowohl die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wie auch die Ruhrkohle AG als Montan mitbestimmendes Unternehmen und das Land Nordrhein-Westfalen ihre Bemühungen zur Sicherung von Bergmannswohnungen als einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens im Ruhrgebiet und damit auch zur Sicherung der nationalen Energieversorgung.

Die Landesregierung hat es deshalb ausdrücklich begrüßt, daß die Ruhrkohle AG und Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft am 16. Februar 1981 die Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswohnungen (GSB) gegründet haben.

Die GSB hat das Ziel, die rund 25.000 Bergmannswohnungen bei denen Veräußerungsabsichten bestehen, entweder auf gemeinnützige Wohnungsunternehmen überzuleiten oder den Erwerb durch die jetzigen Bewohner zu ermöglichen. Dabei ist unabdingbar, daß den Bewohnern ein dauerhaftes Wohnrecht garantiert wird, und zwar unabhängig davon, ob sie weiter Mieter bleiben wollen oder das Angebot zum Erwerb ihrer Wohnung annehmen. So kann jeder, der nicht kaufen kann oder kaufen will, als Mieter in seiner angestammten Wohnumgebung verbleiben.

Die Übertragung der Wohnungen von den Muttergesellschaften auf gemeinnützige Wohnungsunternehmen schützt die zum Verkauf anstehenden Bergmannswohnungen vor spekulativen Absichten und sichert dauerhaft sozialverträgliche Mieten. In den Fällen, in denen die Mieter ihre Wohnung als Eigentum erwerben, soll eine Modernisierung erst nach dem Kauf



folgen, um den Kaufpreis niedrig zu halten. Art und Umfang einer Modernisierung können dann vom Bewohner selbst bestimmt werden.

Man kann zur Zeit davon ausgehen, daß rund 10.000 der insgesamt 25.000 Bergmannswohnungen in dieser Form in das Eigentum der Mieter übergehen. Die übrigen 15.000 würden als Mietwohnungen erhalten bleiben.

Bis 1988 wird die Überleitung der Wohnungen an gemeinnützige Wohnungsunternehmen beziehungsweise die Veräußerung an die jetzigen Bewohner abgeschlossen sein. Die Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswohnungen wird sich dann auflösen. Im Aufsichtsrat der GSB sind neben der Ruhrkohle AG und den gemeinnützigen Wohnungsunternehmern auch die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie und das Land Nordrhein-Westfalen vertreten. Beide dokumentieren damit, daß die Sicherung von Bergmannswohnungen im allgemeinen öffentlichen Interesse liegt. Um sicherzugehen, daß die Betroffenen frühzeitig und umfassend über die beabsichtigten Maßnahmen informiert wird und gegebenenfalls auftretende Einzelprobleme gelöst werden können, wird der Gesellschaftsvertrag der GSB eine Regelung enthalten, die den Wohnungsausschüssen der örtlichen Betriebsräte ein weitgehendes Mitberatungs- und Vorschlagsrecht einräumen. Die Wohnungsausschüsse sollen außerdem regelmäßig über ihre Erfahrungen berichten und als Ansprechpartner der Bewohner deren Interessen vor Ort in die Arbeit einbringen.

Zur Unterstützung der GSB hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Benehmen mit dem Bundesminister für Räumordnung, Bauwesen und Städtebau der Gesellschaft die Rechtsstellung eines "Organs der staatlichen Wohnungspolitik" verliehen. Das bedeutet, daß die GSB den Status eines als gemeinnützig anerkannten Unternehmens erhält und die damit verbundenen steuerlichen und rechtlichen Vorteile in Anspruch nehmen kann. Das Land Nordrhein-Westfalen wird außerdem bis 1988 insgesamt 20 Millionen DM Aufwendungszuschüsse gewähren. Die Ruhrkohle AG wird sich in gleicher Höhe beteiligen. Damit stellen Land und Ruhrkohle AG sicher, daß nach dem Kauf von Mietwohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen auch weiterhin tragbare Mieten gewährleistet bleiben. Darüber hinaus hat die Landesregierung den Finanzminister beauftragt, zu prüfen, ob der Erwerb der Bergmannswohnungen von der Grunderwerbsteuerpflicht befreit werden kann.

(-/5.2.1982/hi/ca)

+ + +



Die Ärmsten berücksichtigen

Der Zusammenhang zwischen Mehrwertsteueranhebung und Sozialhilfe muß beachtet werden

Von Hajo Hoffmann MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Als Finanzierungsbeitrag des aktuellen Beschäftigungsprogramms hat die Bundesregierung vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer ab 1. Juli 1983 um ein beziehungsweise ein halbes Prozent zu erhöhen.

Ihre Absicht: "Aus dieser Steuererhöhung sollen zunächst beschäftigungspolitische Maßnahmen finanziert werden. Nach deren Auslaufen soll sie zu einer Entlastung bei der Lohn- und Einkommenssteuer dienen."

Dieser Vorschlag ist vernünftig, weil er "heimliche" Steuererhöhungen durch die Lohnsteuerprogression abgelden soll. Ein Prozent Mehrwertsteueranhebung schlägt sich grob in einer 0,7 Prozent starken Preiserhöhung (Warenkorb) nieder.

Ergänzungsbedürftig ist die Vorstellung der Bundesregierung, weil die Bürger, die keine Steuer zahlen - aber auch von der Teuerung betroffen sind - auf diese Weise keinen Ausgleich erhalten. Insbesondere die Ärmsten, deren Einkommen Sozialhilfe heißt, haben Anspruch auf Berücksichtigung.

Ende 1981 war im Paket des Vermittlungsausschusses festgelegt worden, in den nächsten zwei Kalenderjahren die Sozialhilfessätze um je drei Prozent anzuheben. Diese Zuwächse liegen absehbar unter den zu erwartenden Inflationsraten und verhindern nicht eine reale Kaufkraftschmälerung.

Wenn nun über Mehrwertsteuerregelung (sofern sie nach den Blockade-Tricks der CDU/CSU-regierten Bundesländer überhaupt durchgeführt werden kann) ein weiterer Preisimpuls nicht vermieden werden kann, so wäre es fair, zum selben Zeitpunkt der Entlastung Lohn- und Einkommenssteuer (ab 1. Januar 1984) auch die Sozialhilfe anzuheben.

Vorschlag: Die Erhöhungssätze der Sozialhilfe werden auf die Höhe der Inflationsrate (Warenkorb) des jeweiligen Vorjahres angehoben. Diese Regelung sollte ab 1. Januar 1984 gelten.

Die zuständigen Gremien der SPD-Bundestagsfraktion haben diesen Vorschlag nun zu überprüfen und gegebenenfalls in Gesetzesform zu gießen. Es wäre in der aktuellen Diskussion hilfreich, wenn eine solche Absicht bald deutlich würde. (-/5.2.1982/ks/ca)



Es gibt keine Alternative

Der Bundestag diskutierte über Ausländerpolitik

Von Eberhard de Haan

Ausländerreferent im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt.

Die Bundestagsdebatte zur Ausländerpolitik fand vor dem Hintergrund einer immer kritischer reagierenden veröffentlichten Meinung statt. Unbestreitbar breitet sich eine ausländerfeindliche Stimmung aus, die auch in den Medien zunehmend Resonanz findet.

Der Antrag der Koalition kam deshalb zum richtigen Zeitpunkt, ging es doch letztlich um die Frage, ob die Regierungsparteien die bisherige Integrationspolitik fortsetzen wollen oder der vermeintlichen Volksstimmung nachgeben. SPD und FDP haben in ihrem Antrag die bisherige Linie fortgesetzt und sich zur vollen sozialen und rechtlichen Integration der ausländischen Minderheiten bekannt.

Schon bei der Vorbereitung der Debatte war erkennbar geworden, daß in der Opposition starke Meinungsverschiedenheiten ausgetragen wurden. Der ursprüngliche Antragsentwurf der CDU/CSU mußte zweimal umgeschrieben werden, wobei in letzter Minute noch die Sozialausschüsse ein abweichendes Votum nachreichten, das inhaltlich dem Antrag der Koalition näher steht, als dem der CDU/CSU.

Es ist einigermaßen erstaunlich, daß in der Debatte Alfred Dregger (CDU) und Carl-Dieter Spranger (CSU) als Hauptredner aufgebeten wurden. Sie waren bisher in der Öffentlichkeit mit ausländerpolitischen Aussagen kaum hervorgetreten.

Übereinstimmung in den Auffassungen der drei Fraktionen wurden vor allem bei den Begrenzungsmaßnahmen sichtbar. Der Anwerbestopp wird bleiben, der Familiennachzug soll eingeschränkt, die illegale Beschäftigung bekämpft werden. Neue EG-Regelungen zur Freizügigkeit vor allem der türkischen Arbeitnehmer können von der Bundesrepublik nicht hingenommen werden.

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Opposition zwar noch von Integration spricht, aber alle Maßnahmen dazu, wie eine Erleichterung der Einbürgerung und eine Verfestigung der Aufenthaltsrechte, ablehnt. Daß die Opposition die bisher weitgehend gemeinsame Ausländerpolitik verlassen will, wurde jedoch erkennbar eingeflochten. Vor allem die Neuaufgabe der Rotationspolitik, die Spranger und Dregger für bedenkenswert erklärten, läßt erkennen, daß die Unionsparteien beabsichtigen, mit administrativen Mitteln die niedergelassenen Ausländer aus dem Land zu drängen. Eine Politik, die nicht realistisch, vielleicht aber publikumswirksam gefordert werden kann.

Dabei zeigt die vom Generalsekretär des DRK, Jürgen Schilling, gestaltete publizistische Kampagne erste Wirkungen. Dregger unterscheidet wie Schilling zwischen integrationsfähigen Ausländern, die aus dem christlichen Abendland kommen, und den nicht integrationsfähigen, weil islamischen Ausländern. Dabei gerät allerdings der Ausländerpolitiker Dregger mit dem Außenpolitiker in Konflikt. Wie eineinhalb Millionen Türken in die Türkei eingegliedert werden sollen, in der fünf bis zehn Millionen Menschen keine Arbeit finden, wird mit dem lapidaren Satz, man müsse die Maschinen zu den Menschen bringen, wohl kaum beantwortet.

Die Debatte hatte deutlich gemacht, und dies ist den Koalitionsfraktionen zu danken, daß es eine humane Alternative zur Integrationspolitik nicht geben kann. Die von Dregger beschworene "humane Rotation" wäre nur mit polizeistaatlichen Mitteln durchsetzbar und würde nicht zuletzt den europäischen Einigungsprozeß zum Stillstand bringen.

Die Begrenzung des weiteren Familiennachzuges soll den Integrationsprozeß verstärken. Sie darf nicht erste Stufe einer administrativen Verdrängungspolitik sein.

Berlins Innensenator Lummer, der dies versucht hat, blieb übrigens der Debatte fern.

(-/5.2.1982/ks/oa)

+ + +



Festigung der Beziehung

Nachlese zum Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der Deutsch-Griechischen-Parlamentarier-Gruppe des Deutschen Bundestages

Noch im Rahmen der ersten 100 Tage seiner Amtszeit hat sich der erste griechische sozialistische Ministerpräsident Andreas Papandreou auf Einladung des Bundeskanzlers zu einem viertägigen Besuch in Bonn aufgehalten. Die Gespräche verliefen entgegen den Anmerkungen einer Zeitung in einer ausgesprochenen herzlichen Atmosphäre. Die Aussichten für eine gute Zusammenarbeit werden von beiden Seiten positiv beurteilt. Helmut Schmidt hat die deutsch-griechischen Beziehungen als gut und "geradezu vorzüglich" bezeichnet. Die Beziehungen Andreas Papandreous zu vielen seiner deutschen Gesprächspartner reichen zurück in die Zeit, als der sozialistische Politiker einer der Führer gegen die Militärjunta in Athen gewesen ist. Dies hat sich als eine gute Basis auch für die Festigung der Beziehung erwiesen.

Er wurde begleitet von zwei Deutschland-Kennern, dem Minister für öffentliche Arbeiten, Akis Tsochatzopoulos, der gleichzeitig Generalsekretär der PASOK ist und dem Staatsminister im griechischen Außenministerium Dr. Karolos Papoulias. Beide haben in der Bundesrepublik studiert. Der Besuch Papandreous war eine willkommene Gelegenheit politische Fragen der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft zu erörtern. Gleichzeitig ging es um den Ausbau der bilateralen Beziehungen vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor.

Der "Wandel ohne Abenteuer", den PASOK-Chef Papandreou nach dem überwältigenden Wahlsieg der griechischen Sozialisten vom 16. Oktober letzten Jahres angekündigt hatte, nimmt langsam Konturen an. Am Schalthebel der Macht sitzt ein mit allen taktischen Feinheiten agierender Ministerpräsident, der - den außenpolitischen Spielraum realistisch einschätzend - sich voll auf ein innenpolitisches Reformprogramm konzentriert und sich dabei allmählich von der Rhetorik und den Versprechungen des Wahlkampfes absetzt. Das unkonventionelle diplomatische Verhalten der griechischen Sozialisten im NATO- und EG-Ministerrat trägt zwar der Wahlkampftrhetorik Rechnung, immer mehr wird allerdings erkennbar, daß Befürchtungen, hier werde ein Auszug aus der Allianz vorbereitet, keine Grundlagen haben. Die Außenpolitik wird bestimmt durch den Zwang zu innenpolitischen Reformen, wobei der innenpolitische Spielraum durch die nach 30jähriger, beinahe ununterbrochener konservativer Herrschaft vorgegebenen Strukturen und durch eine Wirtschaftslage geprägt ist, die gekennzeichnet wird durch überproportionale Inflationsraten und begleitet von geringem Wachstum.

Die tiefe Befriedigung über die Notifizierung der griechischen Vorbehalte bei der NATO-Erklärung zu Polen, der Vergleich des polnischen Kriegszustandes mit der türkischen Militärdiktatur durch Papandreou zeigt die Türkei als Dreh- und Angelpunkt griechischer Außenpolitik. Am Tage vor seiner Abreise nach Bonn hat Andreas Papandreou allerdings vor 4.000 Funktionären und Mandatsträgern seiner Partei die Notwendigkeit demokratischer und politischer Unterstützung für die polnische "Solidarität" betont.

Dem populären PASOK-Wahlkampfthema, die 1961 erfolgte Vollmitgliedschaft Griechenlands in die EG rückgängig zu machen, stehen verfassungsrechtliche Hindernisse entgegen. Ein Rückzug aus der EG wäre nur durch die eines Referendums möglich zu der Staatspräsident Karamanlis sein Einverständnis geben müßte. Papandreou weiß, daß er eine solche Zustimmung nicht erhält. "Ich kann die verfassungsmäßigen Rechte des Präsidenten nicht in Frage stellen. Wenn er kein Referendum wünscht, werden wir eben in Brüssel auf praktische Änderungen hinwirken, zum Beispiel so wie Großbritannien".



Für Griechenland bleibt also nur der Weg über die EG-Kommission und den Ministerrat, um die Interessen der griechischen Industrie und der Landwirtschaft stärker zum Tragen zu bringen. In der Praxis wird das zu erwartende Verhalten Griechenlands, die EG-internen Konflikte nur unwesentlich erschweren. Die Realisierung der Thorn'schen Forderung nach einem "Europa der zweiten Generation", die damit verbundene Neugestaltung des EG-Agrarmarktes, die Inangriffnahme neuer Aufgaben der Gemeinschaft hängt in erster Linie vom Verhalten der Großen ab, also Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland.

Auch nach seinem Besuch in Bonn ist Andreas Papandreu nicht der Gemeinschaft treuester Diener geworden. Aber er ist auch nicht mehr der Andreas Papandreu der ersten Wochen nach der Wahl. Gegenüber der griechischen Presse hat er zum Beispiel konkret erklärt, das er nun mehr alle Möglichkeiten ausschöpfen will, die ihm die Statuten der NATO und der EG geben, um die griechischen Interessen zu verteidigen.

Im Ergebnis waren sich Helmut Schmidt und Andreas Papandreu dann doch darüber einig, daß der Regierungswechsel in einem Mitgliedsstaat den Konsensus weder in der Gemeinschaft noch im Bündnis ernsthaft in Frage stellen dürfe.

Ägäis-Konflikt bleibt bestehen

Die von Papandreu während des Wahlkampfes betonte "Bedrohung aus dem Osten; nämlich der Türkei", hat nach Regierungsantritt der sogenannten "Olivenzweig-Diplomatie" Platz gemacht. Dieser Versuch hat indessen bislang lediglich kleine atmosphärische Veränderungen erbracht, an den Grundpositionen beider Länder hat sich nichts geändert. Ein Ansatz zur Lösung des Konflikts um die Ägäis ist bislang nicht erkennbar. Der erste Versuch Papandreous, im Abschlußkommuniqué der NATO-Tagung im Dezember eine Garantie zum Schutz der griechischen Grenzen zur Türkei unterzubringen, ist gescheitert. Demnach hat diese Politik "im Namen aller Griechen", wie die griechische Reaktion auf das Veto gegen die NATO-Abschlußerklärung zeigt, Zustimmung, auch bei der konservativen Opposition gefunden; wenn auch verhalten.

Dem Ziel, die territoriale Integrität Griechenlands, gegen jede Bedrohung zu schützen, sind alle politischen Aktivitäten zugeordnet. Von der Kritik wegen diverser Militärhilfe an die Türkei ist deshalb auch die Bundesrepublik nicht ausgenommen. Griechenland sieht sich insoweit genötigt, gegen die innenpolitischen Notwendigkeiten den Militäretat zu erhöhen (Spitzenrate von 5,9 Prozent Steigerung) und dabei andere wichtigere Investitionen zurückstellen zu müssen. Mit der Garantieforderung der Ostgrenze eng verbunden ist auch das Dauerproblem Zypern. Vor dem Hintergrund der Zypern-Frage und dem Verhalten der türkischen Militärregierung ist auch die Weigerung Griechenlands erklärbar, im Rahmen des westlichen Bündnisses die Sowjetunion wegen der Lage in Polen anzuprangern. Die verbale Begründung Athens erinnert zwar augenfällig an die deutsche Entspannungsterminologie, ist allerdings allein aus innenpolitischen Zwängen wegen des Verhaltens des Bündnisses in der Diktaturzeit und bei der Zypern-Invasion erklärbar.

Die griechische Zugehörigkeit zur westlichen Allianz seit den frühen 50er Jahren war die Basis für eine umfangreiche Wirtschaftshilfe, die insbesondere von den USA gewährt wurde. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme scheint Papandreu für sein Land wieder größeren Wert auf diese vorteilhafte politische Mechanik legen zu wollen.

Griechenland beharrt heute verbal beinahe demonstrativ auf seinem Recht, seine Außenpolitik "nach einem einzigen Kriterium zu betreiben: Unserem nationalen Interesse". Bestimmend für dieses nationale Interesse ist die Bedrohung durch die Türkei und das Verhalten der westlichen Allianz während der griechischen Militärdiktatur und der Zypern-Krise.

Die unmittelbare Nachbarschaft zu den kommunistischen Staaten wird im politischen Stellenwert weit überwogen von der einmaligen Konstellation, daß sich das NATO-Mitglied



Griechenland in seiner Souveränität durch den NATO-Partner Türkei bedroht fühlt und nach wie vor beharrt auf einer Sicherheitsgarantie der Allianz für die griechische Ostgrenze.

Die Wahlkampfparolen der PASOK, aus der NATO auszuschneiden und die EG-Mitgliedschaft aufzukündigen, binden Papandreu in seinem Aktionismus zwar in gewisser Weise gegenüber seinen Wählern. Haben aber längst einem Pragmatismus Platz gemacht, der die anfänglichen westlichen Befürchtungen, hier bereite ein unsicherer Kantönist den Austritt aus dem Bündnis vor oder er halte diese Beziehungen in einer ungewissen Schwebel widerlegen dürfte. Papandreu hat unmittelbar nach dem Wahlsieg diesen politischen Haken Schlag mit dem Satz unterstrichen, es gehe darum, Politik "für alle Griechen zu machen". Er weiß, daß es zu einer Westintegration Griechenlands keine Alternative gibt. Seine Politik ist vielmehr darauf ausgerichtet, sich diese Westintegration stärker als in der Vergangenheit durch den legitimen Wunsch sie mit Wirtschaftshilfe honorieren zu lassen, um so den innenpolitischen Bewegungsspielraum zu vergrößern.

In erster Linie geht es darum, die Verhandlungsposition gegenüber den Amerikanern zu verbessern. Im Februar beginnen die Gespräche mit den USA über den künftigen Status der US-Stützpunkte in Griechenland. Bei der NATO-Herbsttagung hat Papandreu durch die angekündigte Suspendierung des Rogers-Plans, der eine von den Griechen nicht akzeptierte Umstrukturierung des NATO-Hauptquartiers an der Südostflanke vorsah, einen ersten Akzent gesetzt. Um die nationale Komponente seiner Außenpolitik zu betonen.

Im Regierungsprogramm dominiert die Innenpolitik

Ein Blick in das Regierungsprogramm Papandreous zeigt, daß die Innenpolitik dominiert. Rund vier Fünftel der 71 Seiten langen Regierungserklärung befassen sich mit innenpolitischen Themen. Dabei muß Papandreu mit den Vorgaben konservativer Regierungen leben und erkennen, daß "waghalsige Experimente" geeignet sein könnten, das dringend benötigte ausländische Kapital vom Land fernzuhalten und auch die private Initiative zu verhindern.

Dieses Programm hat zunächst wegen seiner Unklarheit sowohl konservative wie kommunistische Kritik heraufbeschworen. Die nachfolgende Präzisierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen hat indessen den Eindruck aufkommen lassen, daß es sich hier eher um ein gemäßigtes Reformprogramm handelt. Aufkommender innerparteilicher Kritik wird offenbar vorgebeugt durch radikalere Einzelmaßnahmen wie bei der Reduzierung üppig aufgeblähter Personalhaushalte im öffentlichen Dienst und im Verhalten gegenüber den Gewerkschaften. Diese Maßnahmen stehen zum Teil in "guter Tradition" zu bisherigen Usancen in Griechenland und sind auch verständlich aus dem nur unvollkommenen demokratischen Selbstverständnis einer Regierungspartei, die demnächst ihren ersten Parteitag stattfinden läßt.

Die inzwischen begonnene Reform der Verwaltung bietet der Regierung in der Tat die Möglichkeit, ihre Leute in vielen Positionen unterzubringen. Die Reform zielt allerdings auch auf die Bekämpfung der Bürokratie und findet deshalb bei einem sehr großen Teil der Bevölkerung Zustimmung. Den Bürokratismus und Ineffizienz zu bezwingen, ist freilich eine Aufgabe, die herkulischer Kräfte bedarf und sich in hundert Tagen nicht bewältigen ließ.

Die aktuelle wirtschaftliche Situation Griechenlands ist wenig befriedigend. Die Inflationsrate beträgt derzeit rund 30 Prozent und soll zum Jahresende auf etwa 20 Prozent reduziert werden. Das Wirtschaftswachstum ist leicht rückläufig, das Bilanzdefizit liegt bei über fünf Milliarden DM, die öffentlichen Defizite betragen rund 14 Milliarden DM (Haushaltsdefizit). Papandreu selbst kennzeichnet die Lage mit den Worten, er habe bei Regierungsantritt "leere Kassen" und ein "Wirtschaftschaos" übernommen.



Das Programm sieht vor, das Bruttosozialprodukt auf 2,5 Prozent zu steigern und 1983 ein erstes Fünf-Jahres-Programm zu verabschieden, um die Wirtschaft zu konsolidieren.

Seit Regierungsantritt sind umfangreiche staatliche Tarifsteigerungen in Kraft getreten, zum Beispiel Wassertarife um 500 Prozent, während die Lohnzuwächse sinken sollen. Die Löhne und Gehälter bis zu 1.400 DM monatlich sollen alle vier Monate entsprechend der Steigerung des Lebenshaltungsindex erhöht werden, bei Einkommen ab 3.200 DM monatlich sollen solche Anpassungen nicht mehr vorgenommen werden.

Versüßt werden die unpopulären Maßnahmen, durch die Garantie einer 40-Stunden-Woche und eines Vier-Wochen-Urlaubs, Regelungen, die im Laufe des Jahres 1982 wirksam werden sollen.

Mitbestimmung für Griechenlands Wirtschaft

Das mit vielen Schlagzeilen bedachte Sozialisierungs-Programm der neuen griechischen Regierung präsentiert sich bei Lichte besehen eher als die Einführung einer Art Mitbestimmung. Sozialisierung heißt für Papandreu, "die Betriebe dem gesamtwirtschaftlichen Wohl zu verpflichten". Diese "Mitbestimmung" sieht dabei eine Neuordnung der Aufsichtsräte vor, wobei Arbeitnehmervertreter und die Vertreter von Kommunen in die Aufsichtsräte entsandt werden sollen. Die Paritäten sind dabei noch offen. Eine Verstaatlichung wie etwa nach dem Vorbild der französischen Sozialisten kann deshalb nicht in Betracht kommen, weil die Staatsbetriebe bereits jetzt über 50 Prozent des Bruttosozialproduktes erwirtschaften. Eine Ausdehnung ist daher kaum erstrebenswert, zumal die Staatsbanken ihre Beteiligung breit gefächert haben. Bei maroden Privatunternehmen ist allerdings ein Schuldenerlaß gegen Staatsbeteiligung vorgesehen, wobei noch offen ist, ob eine solche Staatsbeteiligung volkswirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist.

Zusätzlich propagiert Papandreu äußerst wirkungsvoll den Kampf gegen die in Griechenland weitverbreitete Steuerhinterziehung, bei der dem griechischen Fiskus jährlich etwa sechs Milliarden DM entgehen.

Die Grenzen für Wirtschaftsexperimente hat Papandreu bereits selbst gesteckt. Die von ihm betriebene behutsame wirtschaftliche Reformpolitik hat er mit den Worten gekennzeichnet, er wolle eine "Wiederbelebung der Wirtschaft und eine Eliminierung einer Masse von Problemen, die jedoch nicht über Nacht gelöst werden können".

Bei einem der ersten Reformprojekte der griechischen Sozialisten, der Reform des Eherechts und der Einführung der Zivilehe, hat die orthodoxe Kirche natürlich inzwischen Kampfstellung bezogen. Zugleich mit dem Gesetz über die Einführung der Zivilehe soll die im griechischen Strafrecht bestehende Bestimmung hinfällig werden, wonach Ehebruch ein krimineller Vorgang ist. Der Strafrahmen sieht bislang für Ehebrecher eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr vor, verbunden mit dem Verbot einer neuen Heirat. Allein im letzten Jahr sind rund hundert Verurteilungen registriert worden.

Während Justizminister Alexandris bei der Begründung dieses Gesetzgebungsvorhabens betont, der Staat sei nicht bereit, über seine Autorität als Gesetzgeber mit sich verhandeln zu lassen, erklären die Bischöfe, eine Eheschließung vor dem Standesbeamten ziehe den Ausschluß aus der griechisch-orthodoxen Gemeinschaft nach sich. Die öffentliche Meinung verweist indessen darauf, die Kirche erleide bei einer solchen gesetzlichen Regelung jährliche finanzielle Verluste in Millionenhöhe, da die Brautleute bislang bei der Eheschließung je nach der Kategorie der Trauung eine Zahlung an die Kirche zu leisten hatten. Progressive Institutionen wie etwa die Vereinigung der Athener Anwälte stehen bei dieser Auseinandersetzung eindeutig auf Seiten der Regierung.

Mit Unterstützung von Staatspräsident Karamanlis ist eine personelle Umorganisation innerhalb der griechischen Armee im Gange, um jeglichen Einfluß faschistisch geneigter Generäle auszuschließen. Damit soll Entwicklungen wie beim spanischen Militär wirksam vorgebeugt werden.

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

